



EIMER

09 / 2005

Einmal im Monat ein Rundschreiben
vom Juso-Kreisverband Rhein-Neckar

Nach der Wahl ist vor der Wahl ...

... oder so ähnlich.

Die Wahl ist rum und alle sind ratloser als jemals zuvor:

Was wird kommen? Was soll kommen?

Ampel? Große Koalition? Schwampel? Oder doch ein Linksbündnis?

Fragen türmten sich auf Fragen wie Wolkenberg auf Wolkenberg, Antworten waren bis vor kurzem nicht in Sicht; glücklicherweise sind nun ja mittlerweile doch so einige aufgetaucht; die FDP will nicht, die Grünen wollen nicht, also deutet alles auf eine Große Koalition hin; wer aber Kanzler oder Kanzlerin werden soll, weiß noch niemand zu sagen.

Wettbüros machen das Geschäft des Jahres.

Ist Schröder ein brillianter Taktiker? Größenwahnsinnig? Oder einfach nur schlichtweg genial?

Diese Fragen stelle ich mir immer wieder, wenn ich mir das momentane politische Geschehen betrachte.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Wahlbeteiligung war gut, die SPD hat besser abgeschnitten als erwartet, die CDU viel schlechter, die FDP dafür astronomische Werte eingefahren.

Ob das nun gut oder schlecht ist, soll jeder für sich selbst entscheiden. Ich erlaube mir nur noch darauf hinzuweisen, dass nächstes Jahr wieder eine Wahl ansteht und wir nun nicht unbedingt die schlechteste Ausgangssituation haben. Was auch immer passiert, wir sind bereit.

Diese Eimer-Ausgabe dreht sich natürlich rund um die Wahl, aber ein besonderes Schmankerl (mit einem speziellen Gruß an die CSU, die ja „leider“ unter 50% gelandet ist) habe ich dennoch für euch: Julia berichtet von ihren Erlebnissen aus dem Ausland!

Euer
Christian

Schluss mit lustig ...

Ja, es war wohl tatsächlich eine historische Wahl. Ich mag solche Bezeichnungen zwar nicht sonderlich, aber kaum ist sie eine Woche vorbei, schon bleibt ein flaes Gefühl zurück, wenn man der Union eins reinwürgt, gibt es ein Minimum an Respekt für die FDP und na ja, kommen wir auf den Punkt, warte ich auf ernsthafte Verhandlungen über eine große Koalition.

Ich bin allerdings nicht der Einzige, in dessen politischem

Gefühlshaushalt seit den Bundestagswahlen einiges durcheinander geht. Ich bin Gerhard Schröder extrem dankbar – auch so ein Satz, an den ich vor ein paar Wochen im Traum nicht gedacht hätte – für den Einsatz und die Überzeugung, mit der er uns in diesem Wahlkampf aus der Sch..ße gezogen und der Partei eine mehr als akzeptable Ausgangsbasis für die nächste Legislaturperiode verschafft hat. Sicher, hinter einem Wahlerfolg stehen immer die engagierten Abgeordneten, überzeugenden KandidatInnen und überzeugten WahlkämpferInnen vor Ort. Aber bei so einem kleinen Erdbeben, zumindest von den „bösen“ Umfragen ausgehend, kommt es eben doch nicht unerheblich auf den Kanzler an. Diese innere Euphorie hält aber nicht lange an. Müntes trocken-zynische Wahlanalyse war gut für die Partiseele, auch die ersten Attacken in der Elefantenrunde auf die vorher so siegessicheren Schwarzen lösen noch einen kleinen (Schaden-)Freudentaumel aus. Aber inzwischen wissen wir ja: Er hat es nicht nur ernst gemeint mit dem Kanzler bleiben, er ist sich auch für wenige Peinlichkeiten zu schade. Künstliche Rechenbeispiele, angedachte Geschäftsordnungstricks und jetzt neuerdings eine rotierende Kanzlerschaft für ein Jahr (dürfen dann Stoiber und Steinbrück auch mal?). „Gerdschröder“ hat leider die Chance verpasst, als Held in mein persönliches Geschichtsbuch einzugehen.

Denn klar ist: Wir haben in den letzten Wochen vieles gewonnen, Prozentpunkte, Mitglieder, Motivation, Selbstachtung – die Wahlen gehören leider nicht dazu. Auch wenn sowohl wir als auch die Schwarz-Gelben das Recht haben, verfehlten Mehrheiten ein paar Stündchen hinterher zu trauern, sehe ich doch nicht, was für ein „schwieriges Puzzle“ das Wahlergebnis denn der Politik aufgegeben hat. Die Wähler wollten sicher keine Ampel, wieso sonst so starke Zuwächse für eine FDP, die von Anfang an einen Richtungswahlkampf betrieb und wider Erwarten auch nach der Wahl dazu steht (daher auch das bisschen Respekt)? Niemand – außer vielleicht Oswald Metzger – wollte und will eine Schwampel und nach ein bisschen Koketterie, die man ihnen gönnen kann, sind auch die Grünen standfest geblieben. Eine schöne linke Mehrheit wäre natürlich etwas feines. Doch selbst wenn man persönliche Empfindlichkeiten – die allerdings auch ihre Berechtigung haben, 1999 ist noch nicht lange genug her - außer acht lässt, war auch inhaltlich vor der Wahl klar, dass ein solches Bündnis nicht zustande kommen wird.

Der BKO – Daniels Mitmachkolumne

Koalitionspoker

Allenthalben wird nun darüber geklagt, wie verfahren die Situation sei und gleichzeitig ausweglos. Und außerdem ist der nicht vorhandene Ausweg auch schon klar: die große Koalition. Und dann noch dieser unwürdige Machtpoker von beiden Seiten. Das macht ja noch den/die allerletzte WählerIn politikverdrossen. 80% der WählerInnen sind mit dem Wahlergebnis unzufrieden, erhebt die Forschungsgruppe Wahlen. Gleichzeitig will ca. die Hälfte schnelle Neuwahlen, obwohl ca. 90% dann wieder das Gleiche wählen würden. Sie bereuen also nicht ihre eigene Wahl, sondern wollen nur, dass die anderen endlich zur Vernunft kommen und auch so wählen wie sie selbst. Ist das die einzig richtige Sichtweise? Der BKO meint nein. Macht und Machtgerangel gehören zur Politik dazu und dass man das derzeit merkt finden viele Leute spannend. Selten hat man so häufig Menschen außerhalb von Parteizirkeln über Politik sprechen hören. Klar wird da gestritten, aber ist das nicht herrlich? Die meisten Menschen werden auch verstehen, dass nicht eine Seite nach einer Woche sagt: „Na gut, bevor der Streit nie aufhört dürft ihr euch aussuchen, wie unser Land künftig regiert werden soll!“ Das muss man sich auch mal klar machen. Hier geht's schließlich um was, nämlich um unsere Zukunft. Klar ist das aufregend und dazu gehört eben vielleicht auch, sich manchmal aufzuregen?

Zur Koalition: Da gab's vor der Wahl nur zwei Alternativen: Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Alles andere wurde quasi ausgeschlossen. Wieso sollte das jetzt anders sein? Ich finde eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung legitim. Die haben (wenn auch knapp) die Wahl gewonnen. Und zwar so, dass sie keine AKWs bauen können und keine Kriege führen, weil sie dafür nämlich vom Wähler keine Mehrheit bekommen haben. Die komplett schwarze Republik war dann doch eine Nummer zu gruselig für die Mehrheit. Warum sollte eine Minderheitsregierung instabil sein, nur weil's das auf Bundesebene bei uns noch nie gab? Alles was anderswo gang und gebe ist und bei uns noch nie da war gilt gleich als ausgeschlossen; da zeigt sich doch der wahre Konservatismus dieser Republik.

Und wenn schwarz-gelb nicht klappt? Dann müssen die Herren Schröder und Lafontaine in den Ruhestand geschickt werden und der Kanzler wird Kurt Beck – unterstützt von rot-rot-grün. Der liebe Kurt ist auch bodenständig genug, dass da keiner Angst vor dem Kommunismus mehr haben wird.

Soweit so gut. Ich bin gespannt, was in Jusokreisen und darüber hinaus so diskutiert wird in den nächsten Tagen und Wochen.

Bis zum nächsten Mal,
Euer BKO

Wer dazu irgendwelchen Senf abzugeben hat, kann das wie immer tun. Alles was an die untenstehende Adresse geschickt wird oder am nächsten Stammtisch angesprochen wird, gerät in den Diskussionskreislauf der Jusos Rhein-Neckar:

Herrn BKO Daniel Hamers
Marie-Curie-Weg 1, 69181 Leimen
Tel.: 06224-950955/ 0177-8882039
E-Mail: daniel.hamers@jusos-rhein-neckar.de
www.jusosrheinneckar.de (BKO)

Geht man von den koalitionspolitischen Aussagen im Wahlkampf aus, so ist die große Koalition das einzige Ergebnis, das nach diesen möglich ist, wenn alle Parteien ihre Glaubwürdigkeit behalten wollen. Klar wird im Wahlkampf viel gesagt, aber so ein Eindruck von Ehrlichkeit wäre doch auch schon mal was (Neues?). Für die vollendete Glaubwürdigkeit müsste Frau Merkel dann allerdings tatsächlich ihren Kanzlerinnenanspruch aufgeben – sie will ja wohl kaum eine „Koalition des Stillstands“ führen! Aber abgesehen von Personalfragen bietet uns eine große Koalition doch inhaltlich wie parteitaktisch gewisse Chancen: Wie wir alle wissen, befinden wir uns seit knapp zwei Jahren über den Bundesrat de facto in einer solchen. Die schmerzhaften Kröten, die wir bei der Gesundheits- und bei den Hartz-Reformen schlucken mussten, sollten uns doch noch allen gut in Erinnerung sein. Klar wird es solche Kröten in einer großen Koalition mehr als genug geben. Aber: das wichtigste Druckmittel der Union entfällt, nämlich Gesetzentwürfe im Notfall einfach platzen zu lassen. Das müsste sie dann mit der ganzen Regierung machen und so etwas verantworten gerade Konservative doch eher ungern. Unter diesem Aspekt dürften die Chancen auf spätere Einigungen im Bundesrat dann sogar steigen, weil beide großen Parteien Interesse daran haben, ihre Länder auf Linie zu bringen. Vielleicht würde dann ja sogar was aus der Föderalismusreform?

Viel schwieriger als in den letzten beiden Jahren wäre unsere Position bei der Gesetzgebung also nicht.

Die inhaltliche Aufstellung und die Außenwirkung unserer Partei könnte sogar besser werden, vor allem wenn wir zwei Versäumnisse der letzten beiden Jahre künftig besser machen:

1. Bei Gesetzesentwürfen zumindest parteiintern, in der richtigen Dosis auch gerne nach außen, genau dokumentieren, was von uns stammt, was auf den Mist der Union gewachsen ist und wo Kompromisse gemacht werden mussten. Wieso das bei der Gesundheitsreform gar nicht und bei Hartz IV erst sehr spät gelungen ist, wüsste ich auch gerne. Aber aus Fehlern kann man lernen.

2. Bei der inhaltlichen Arbeit in Parteigremien – egal ob Grundsatzprogramm, Landesparteitag oder hier bei uns vor Ort – genau abgrenzen, was Resolutionen und Arbeitsmaterialien für die Tagespolitik sind und was langfristige Visionen für die Entwicklung sozialdemokratischer Politik sein sollen. Bei letzterem sollten wir dann auch keine „Denkverbote“ erteilen, nur weil es sich mit der momentanen Regierungspolitik vielleicht beißt. Eine solche Trennung ist vielleicht bei der „Zweckehe“ mit der Union sogar leichter möglich, als bei dem emotionsbeladenen rot-grünen Projekt.

Damit ist eine Auferstehung des rot-grünen Projekts natürlich nicht ausgeschlossen, wir sind sicher gut beraten an diesem Bündnis und dessen Aufstellung für die „Zeit danach“ im Hintergrund während der Legislaturperiode weiterzuarbeiten. Für den Moment ist aber erst mal „Schluss mit lustig“ in dieser Hinsicht ... und langsam aber sicher sollte auch mal „Schluss mit lustig“ in Bezug auf Personalfragen und Rotationsmodelle sein.

Franz Thanbichler
Mitglied der Juso-AG Ilvesheim und des SPD-Kreisvorstandes Rhein-Neckar

Warum Gerhard Schröder nicht Bundeskanzler bleiben kann – und warum Angela Merkel es nicht werden darf

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl scheint keiner so richtig zufrieden zu sein: Die Wähler nicht und die Parteien (ausgenommen die Linkspartei) auch nicht. Sicher hätten sich die meisten Menschen klarere Verhältnisse gewünscht. Ganz und gar klar erschienen aber die Verhältnisse anscheinend Bundeskanzler Gerhard Schröder. „Was denn sonst!“ war seine Antwort auf die Frage nach einer Großen Koalition unter seiner Führung. Die Presse und besonders der politische Gegner kommentierten das als Realitätsverweigerung und Blindheit. Tatsächlich lässt sich der von Schröder formulierte Führungsanspruch bei Betrachtung der Wahlergebnisse und damit auch der Sitzverteilung im neuen Bundestag wohl kaum aufrechterhalten. Wenn die Union als größere Fraktion zustimmen würde, Schröder als Kanzler mitzuwählen, dann wäre das kein Problem. Das wird sie aber nicht tun, bei aller Verhandlungskunst der Herren Schröder und Müntefering. Den Bundeskanzler scheint das aber nicht anzufechten. Muss man sich also die Frage stellen, ob Gerhard Schröder als „ewiger Kanzler“ weiterregieren und die Wahlergebnisse einfach aussitzen will?

Wohl kaum. Man darf davon ausgehen, dass Gerhard Schröder das Ergebnis der Wahl und die sich daraus ergebenden Machtverhältnisse im Parlament sehr wohl zur Kenntnis genommen hat. Und als erfahrener (Macht-)Politiker weiß er auch, welche Schlüsse er daraus ziehen muss. Vielleicht kann man sein Verhalten auch noch anders interpretieren. So scheint es doch eigentlich sehr wahrscheinlich, dass Schröder einfach den Preis der SPD für den Eintritt in eine Große Koalition mit der Union erhöhen will. Dabei benutzt er seine eigene Position als

Verhandlungsmasse, um der Partei zu nützen. Wenn dieses Spiel gelingt, hätte Gerhard Schröder die Interessen der Partei über seine eigenen gestellt, er würde als Staatsmann in die Geschichte eingehen, der mutige Reformen begonnen hat, dafür empfindliche Wahlniederlagen in den Ländern einstecken musste, seine Partei aber schließlich wieder auf Augenhöhe mit der Union bringen konnte – und schließlich dafür sorgte, dass eine einseitig marktliberale und unsoziale Politik der CDU/CSU/FDP verhindert wurde.

Welche Positionen sind nach der Wahl für Angela Merkel vorstellbar? Klar ist: Sie darf nicht Kanzlerin werden! Auch wenn CDU/CSU die stärkste Fraktion im Bundestag stellen, so macht das Ergebnis doch deutlich: Die Mehrheit der Wähler wollte sie und ihre politischen Vorstellungen nicht haben. Anders lässt sich der rasante Absturz von der absoluten Mehrheit auf gerade noch 35,2 % nicht erklären. Eine Legitimation für radikale Einschnitte, wie von Merkel & Co geplant, sieht anders aus.

Es liegt es nun an den großen Volksparteien, sich zusammen zu tun und die Grundlagen für eine ausgewogene Politik zu legen. Das Ziel der SPD muss es sein, möglichst viele der Ziele aus dem Wahlmanifest umzusetzen und in der Regierung die soziale Stimme zu sein. Eine nicht einfache Aufgabe – aber eine lohnenswerte!

Christian Stiebahl
Juso-AG Weinheim

Termine

5. Oktober 2005 - 20:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung
8. Oktober 2005 - 10:00 Uhr	SPD-Kreisparteitag in Neckargemünd (Banngartenhalle)
27. Oktober 2005 - 20:00 Uhr	Stammtisch in Heidelberg (“Vater Rhein”)
28. Oktober 2005 - 20:00 Uhr	Kreiskonferenz
1. November 2005 - 20:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung
11. November 2005 - 18:00 Uhr	Seminar der Jusos Rhein-Neckar und Heidelberg
24. November 2005 - 20:00 Uhr	Stammtisch in Heidelberg (“Vater Rhein”)

Alle Termine auch unter www.jusos-rhein-neckar.de
Nähere Infos? Mail an eimer@jusos-rhein-neckar.de

Die Termine können sich auf Grund der aktuellen Ereignisse natürlich verändern; um auf dem Laufenden zu bleiben, empfehlen wir euch regelmäßig unsere Homepage www.jusos-rhein-neckar.de zu besuchen.

Von außen betrachtet ...

Nicht nur in Deutschland wird nach wie vor heftig über die Bundestagswahl und ihre Folgen diskutiert. Da wir nicht alleine auf dem Globus sind, ist das Ergebnis natürlich auch von Interesse für das Ausland.

Als jemand, der sich während Wahlkampf und Post-Wahlphase nicht in Deutschland aufgehalten hat und dessen einziges Informationsmedium Spiegel-Online ist (weigere mich standhaft, die einzige deutsche Zeitung hier an der Uni, die "FAZ", zu lesen) fällt es mir relativ leicht, diese auswärtige Brille einmal anzuziehen und die aktuellen Geschehnisse aus diesem Blickwinkel zu resümieren.

Lässt man seinen Blick über die verschiedenen nationalen und internationalen Zeitungen schweifen, so dominiert eine Angst die Berichterstattung über die Bundestagswahl: Die Angst, Deutschland als Reformmotor für die Europäische Union zu verlieren. Aus diesem Grund werden, was Stabilität angeht, weit höhere Ansprüche gestellt als das in anderen Ländern der EU der Fall ist. So schreibt die „International Herald Tribune“ (Tochterblatt der „New York Times“), dass man von Deutschland als der Hauptader der Europäischen Union mehr erwartet als beispielsweise von Spanien, Belgien oder gar Luxemburg. Sogar italienische Zeitungen reihen sich in der Chor derjenigen ein, die darauf pochen, Deutschland solle seine Stabilität wieder finden. (Wie war das mit dem „Kehren vor der eigenen Haustür“?)

Für die EU-nahe Wochenzeitung „European Voice“ reiht sich das Wahlergebnis in die Referenden in Frankreich und den Niederlanden um die EU-Verfassung ein, die Wähler stellen sich taub gegenüber notwendigen Veränderungen. Sie konstatiert Europa und im aktuellen Fall Deutschland eine zu geringe Aktionsgeschwindigkeit. Während die Globalisierung rast, hinkt Europa hinterher. Leider schließt sie daraus nur, dass sich daran etwas ändern muss und hinterfragt nicht, warum das europäische Volk angesichts der schnellen Veränderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, auf die Bremse getreten ist. Diesen Schuh muss sich die Politik allerdings anziehen. Die besten Konzepte für eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung bringen nichts, wenn wir die Menschen dabei nicht mitnehmen.

Die tschechische Zeitung „Pravó“ sieht das alles als gar nicht so tragisch. Sie ist der festen Überzeugung, dass Deutschland nach wie vor eine treibende Kraft in Europa bleiben wird.

Zur politischen Stabilität nach einem solchen Ergebnis gibt es auch verschiedene Ansichten. Völlig konträr betrachten dies die „Financial Times“ und „The Wallstreet Journal Europe“ (die man prinzipiell ja eher auf derselben Seite vermutet). Während die FT Deutschland eine gute Kompromisskultur bescheinigt und auch eine Chance auf Reformen in einer großen Koalition sieht, kann das „Wallstreet Journal“ dem unvermeidbaren Vergleich mit Weimar (auf den ich bei der ganzen Zeitungslektüre gewartet habe) nicht widerstehen und warnt vor einer großen Koalition. Dies würde das bereits fragmentierte Parteiensystem (wir reden aber schon noch über Deutschland, oder?) stark belasten und die Wähler in die Arme der Extremparteien treiben (womit es dann doch nicht so Unrecht hat). Außerdem geht es davon

aus, dass, egal wie geartet sie sein wird, die Regierung ohnehin keine vier Jahre halten wird. Die FT zitiert Weimar übrigens auch, allerdings nur um zu zeigen, dass unsere heutige Verfassung die damaligen Verhältnisse nicht mehr aufkommen lassen würde.

Die französische „Libération“ bewertet das aktuelle politische Spiel als sexy, was die bislang eher langweiligen politischen Geschehnisse unvorhersehbar machen.

Einige der Zeitungen neigen dazu, das „ängstliche deutsche Volk“ für die politische Situation verantwortlich zu machen. Schröders Aufholjagd wird als Sieg des Weichspülens von notwendigen, harten Reformen gewertet. Merkel war einfach „zu ehrlich“, so die „Financial Times“. Hier verschiebt sich meines Erachtens allerdings die Wahrnehmung der Realität. Klar ist, dass Deutschland Reformen braucht. Diese gehen die Menschen auch mit, wenn sie sehen, wohin sie führen sollen. Das aufzuzeigen ist Job der Politik. Das hat Merkel nicht geschafft. (Wie auch, wenn sie noch nicht einmal selbst den Weg kennt?) Der Fairness halber muss man gestehen, dass wir das in Teilen auch versäumt haben, sonst wären wir wirklich stärkste Fraktion geworden. Nun ist das Reformspiel offen. Wir sollten möglichst alles daran setzen, unsere Reformen durchzusetzen und dabei diesmal nicht vergessen, den Menschen zu zeigen, wohin es dabei geht.

Julia

P. S.: Sorry, dass ich eher einseitig wirtschaftsliberale Blätter zitiert habe. An einer Uni, die noch einen stärkeren Anteil an Wirtschaftswissenschaftlern hat als Mannheim, ist das Angebot leider begrenzt. ;-)

Letzte Meldungen

In dieser Ausgabe ein Novum (nach meinem Wissensstand):

Ich führe die letzten Schlagzeilen verschiedener Online-Zeitungen auf, um das aktuelle politische Geschehen festzuhalten und um später beim Durchlesen der alten Eimer-Ausgaben vergleichen zu können. Je nachdem wie die Resonanz ausfällt, führe ich das fort oder lasse es bleiben. Los geht's!

Während „Die Zeit“ von „Nerventest im Nachwahl-Poker“ berichtet und dass „die Große Koalition Großes leisten kann, wenn sie sich nicht im kleinen Karo verliert“, betont „Die Welt“, dass die „Kanzlerfrage Koalitionsverhandlungen im Weg steht“ und dass ein „drittes Sondierungsgespräch notwendig“ sei.

Die „Süddeutsche“ wiederum glaubt „Kanzlerdämmerung“ zu spüren und „immer lauterem Widerhall bei den Genossen“ zu bemerken.

Der „Spiegel“ hat eine vollkommen andere Perspektive und betont, dass das zweite Sondierungsgespräch „konstruktiv“ und „fruchtbar“ gewesen sei. Hierbei befindet er sich in guter Gesellschaft mit der „FAZ“, die ebenfalls die Fruchtbarkeit der Gespräche hervorhebt.

Eimer 9 / 2005

Herausgeber:

Juso-Kreisvorstand Rhein-Neckar
c/o Christian Soeder
Birkenallee 60
68766 Hockenheim

E-Mail: eimer@jusos-rhein-neckar.de

Internet: www.jusos-rhein-neckar.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasserin / des Verfassers wieder.

Abschnitt senden an:

Markus Rathmann
Edistraße 36
68535 Edingen-Neckarhausen

Fax: 06203-839020

E-Mail: Markus.Rathmann@jusos-rhein-neckar.de

Ich möchte den Eimer für ein Jahr (mindestens 11 Ausgaben) abonnieren. Das Abo verlängert sich jedes Jahr automatisch. Ich kann jederzeit kündigen.

Ich möchte den Eimer kostenlos per E-Mail. E-Mail-Adresse: _____

Ich möchte das Standardabo für 10,- EUR pro Jahr

Ich bin älter als 35 Jahre alt und möchte das Förderabo für _____ (mind. 24,- EUR) pro Jahr

Einzugsermächtigung für das Postabo

Name

Hiermit ermächtige ich die Jusos Rhein-Neckar
widerruflich von meinem Konto die Abokosten für den
Eimer per Lastschrift einzuziehen.

Straße und Hausnummer

Name des Kontoinhabers

PLZ und Ort

bei Institut

E-Mail-Adresse für Rückfragen

BLZ

Telefon für Rückfragen

Kontonummer

Unterschrift Abo

Unterschrift Ermächtigung Lastschriftverfahren